Das Millionen-Spiel

Der SED sind gute Geschäfte wichtiger als Prinzipien: Ost-Berlins Abgrenzungs-Strategie spart den zwischendeutschen Handel aus.

Seit Jahr und Tag predigt die ostdeutsche Staats-Propaganda, „daß sich zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung vollzieht" (SED-„Neues Deutschland"), und seit dem winteranfangs unterzeichneten Grundvertrag ist die SED sicher: „Der Vertrag selbst ist die Abgrenzung von der BRD und hat nichts zu tun mit einer einfach illusionären Tendenz zur Annäherung an die BRD" (SED-„Freie Erde").

Tendenzen zur Illusion sind gleichwohl unverkennbar — bei der Einheitspartei selbst. Denn zumindest *ein* Grundvertragskomplex, die Regelung des Handelsverkehrs, belegt, daß Willy Brandts in Ost-Berlin so heftig bekämpfte These von den „besonderen Beziehungen" zwischen den beiden Staaten in Deutschland immer noch stimmt. Selbst Chef-Abgrenzer Erich Honecker gestand in seinem „New York Times"-Interview Ende November zu, daß insofern „Besonderheiten ... in den Beziehungen (der beiden deutschen Staaten) weiterbestehen".

Diese besonderen Beziehungen, im Artikel 7 des Grundvertrags und seiner Protokoll-Notiz II niedergelegt, begünstigen die ostdeutschen Kommunisten. Der Vertrag bestimmt, daß „der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ... auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt" wird. Und das heißt: Die DDR bleibt auch künftig trotz Bonner wie internationaler Anerkennung als souveräner Staat im Handel Teil des besonderen innerdeutschen Wirtschafts-Territoriums.

Die „Berliner Abkommen" von 1951 und 1960 über den früher Interzonenhandel genannten zwischendeutschen Warenaustausch behalten ebenso Gültigkeit wie das Zusatzprotokoll zu den römischen EWG-Verträgen von 1957. Es bestimmte (auf Wunsch der Bonner Alleinvertreter), daß der Handel mit „deutschen Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland" — also der Handel mit der DDR — von Bonn als innerdeutscher Handel abgewickelt werden darf.

Dieses Privileg stiller EWG-Teilhabe war es den DDR-Souveränen wert, ihre Wünsche nach anerkannter Eigenstaatlichkeit im ökonomischen Bereich zu mäßigen. Denn der Nutzen dieser Sonderstellung — die DDR ist der einzige Ostblock-Staat mit gleichsam offener Zollgrenze zum EWG-Spitzenland Bundesrepublik — schlägt in der Erfolgsbilanz der ostdeutschen Staatswirtschaft erheblich zu Buch.

Jahr um Jahr steigen die Umsatzzahlen des innerdeutschen Handels — im letzten Jahrzehnt von knapp zwei auf gegenwärtig rund fünf Milliarden Mark, und eine Ausweitung auf acht Milliarden bis 1975 scheint durchaus möglich. Auch ist die Bundesrepublik — mit einem Zehnprozent-Anteil — mittlerweile nach der Sowjet-Union wichtigster Handelspartner der DDR. (In der Bonner Außenhandelsrangliste allerdings steht die Ost-Republik erst auf Position 10.)

Monatlich rollen allein am Autobahn-Kontrollpunkt Helmstedt an die 5000 Lastzüge volkseigener Transportunternehmen westwärts. Sie bringen Zucker und Unterwäsche, Kameras und Strümpfe, Schweinefleisch und Schreibmaschinen, Herrenanzüge und Kühlschränke. Sie holen Werkzeugmaschinen und Computer, Buntmetalle, Walzstahl und — neuerdings, seit Erich Honecker den DDR-Bürgern auf dem VIII. SED-Parteitag „Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen" versprach — immer häufiger auch Schuhe, Lebensmittel, Textilien und sogar Dortmunder Bier.

Freilich, die Ost-Laster der Marke Škoda holen mehr, als sie bringen. Die Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR stiegen in den ersten neun Monaten des Jahres 1972 um 13,4 Prozent gegenüber 1971. Die Bezüge aus der DDR hingegen erhöhten sich nur um ein Prozent. Am Jahresende 1972 betrug Ost-Berlins Passivsaldo 1,8 Milliarden Mark.

Ursache dieses Defizits ist vor allem die ungenügende Liefermöglichkeit ostdeutscher Produzenten. Denn der innerdeutsche Handel ist ein Jahr um Jahr zwischen Ost-Berlin und Bonn neu vereinbartes Tauschhandelsgeschäft, bei dem — weil die Ost-Mark wie alle Ostblock-Währungen nicht frei handelbar ist — Waren nicht mit Geld, sondern mit Waren bezahlt werden.

Das heißt praktisch: Will ein volkseigener Betrieb in Dresden auf der Leipziger Messe eine Maschine aus Dortmund für 50 000 Mark kaufen, muß die DDR-Wirtschaft, um die zwischendeutsche Handels-Bilanz auszugleichen, eigene Waren im gleichen Wert in der Bundesrepublik absetzen.

Um dieses mittelalterliche Verfahren für entwickelte Volkswirtschaften wenigstens halbwegs anwendbar zu machen, wies die Bundesregierung die Frankfurter Bundesbank an, DDR-Bezüge bis zu einem festgelegten Zeitpunkt und bis zu einer festgelegten Höhe kostenfrei zu kreditieren. Dieser sogenannte Swing — 1972: 585 Millionen Mark — verschafft den Ost-Berliner Staatsökonomen einen in dieser Form einmaligen Vorteil: Sie können westdeutsche Waren importieren, ohne im Gegenzug sofort eigene Produkte in der Bundesrepublik absetzen zu müssen; und sie brauchen für diesen Bank-Service dank der Bonner gesamtdeutsch motivierten Großherzigkeit nicht einmal Zinsen zu bezahlen.

Außerdem darf Ost-Berlin zu Konditionen in die Bundesrepublik liefern, die keinem anderen Nicht-Mitglied der EWG gewährt werden. Mehr noch: Wirtschaftlich gilt die DDR, mit Einverständnis ihrer Führer, für Bonn auch weiter als Inland.

Das bringt Profit insbesondere bei ostdeutschen Agrarlieferungen, die im

DDR-Artikel im Neckermann-Angebot: Gewinn im Swing

Jahr 1972 etwa ein Fünftel aller ostdeutschen West-Exporte ausmachten. Die Bundesrepublik nimmt der DDR Zucker, Fleisch, Getreide zu den auch für westdeutsche Landwirte geltenden EWG-Preisen ab, also zu einem Satz, der — zum Schutz der EWG-Bauern — erheblich über Weltmarktniveau liegt.

Das heißt: Für eine Tonne Zucker bekommt die DDR in der Bundesrepublik 950 Mark gutgeschrieben, während sie auf dem Weltmarkt dafür maximal 770 Mark erlösen würde.

Ähnlich günstig sieht es mit den Absatzmöglichkeiten für Industrie- und Konsumgüter aus. Die Bundesrepublik verzichtet beim Import von DDR-Textilien, Photo-Artikeln, Musikinstrumenten,Uhren auf den sonst obligatorischen EWG-Außenzoll von neun bis zehn Prozent.

Die Steuer- und Zollvorteile, die sich aus dieser indirekten EWG-Teilhabe

DDR-Lastzüge in Helmstedt: Stille Teilhaber am Westmarkt

für den Ost-Berliner Staatshaushalt ergeben, belaufen sich auf jährlich rund 450 Millionen West-Mark. Hinzu kommt der Gewinn, den die DDR bei derzeit voller Inanspruchnahme des Swings aus Einsparung der normalerweise im Kreditgeschäft fälligen Zinsen erzielt: allein 1972 rund 50 Millionen Mark.

Dennoch haben es Erich Honeckers Westhändler schwer. Ihre Chancen, diese Vorteile voll auszuschöpfen, sind gering, solange die ostdeutsche Industrie, trotz fortschreitender Modernisierung, noch immer nicht flexibel genug auf die Bedürfnisse westlicher Märkte reagiert.

Als seinerzeit Jersey-Kleidung im Westen in Mode kam, konnten sich die Textilproduzenten der DDR nicht schnell genug umstellen, und Versandhändler Neckermann, sonst Stammkunde, suchte sich andere Lieferanten. Und als sich zeigte, daß DDR-Kühlschränke, Staubsauger und Nähmaschinen nicht in genügender Zahl zur Verfügung standen, strich Versand-„Quelle", gleichfalls Importeur von DDR-Waren, diese Erzeugnisse erst einmal aus dem Angebot.

Das West-Berliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW), besetzt mit Spezialisten für Fragen des Ost-West-Handels, hat denn auch erst jüngst wieder errechnet, daß die DDR auf herkömmliche Art, also mit Tauschhandel allein, weder ihre West-Schulden bezahlen noch den West-Handel ausweiten kann. Als Ausweg schlugen die Wirtschaftsforscher vor:

- Einsatz der DDR-Devisenbestände für Barkäufe.
- verbesserte Marktforschung und verbesserte Markenartikelwerbung für die bislang im Westen häufig nur anonym angebotenen DDR-Produkte,
- Steigerung des Angebots an Dienstleistungen – zum Beispiel durch „eine spezifische Form der Touristik" für West-Berliner.

Ferienhaussiedlungen, Camping- und Wohnwagenplätze an den mecklenburgisch-brandenburgischen Seen für die Wochenenderholung der West-Berliner etwa, so schlug das DIW vor, könnten wegen des vorhandenen Bedarfs und der mutmaßlich niedrigen Investitionskosten „durchaus für die DDR lohnend sein".

Außerdem, so die Ost-Forscher weiter, könnte Ost-Berlin erheblich zum Bilanz-Ausgleich und zur Steigerung des Handelsvolumens beitragen, wenn sich die DDR, wie schon andere Ostblockländer, zur Kooperation mit westlichen und auch bundesdeutschen Industriefirmen bereit fände. Und die kürzlich aufgenommene Lizenzproduktion westlicher Zigaretten („Peter Stuyvesant", „HB") in Ost-Berlin und das Engagement der West-Berliner halbstaatlichen Vermittlungsfirma „Berlin-Consult" für Planung und Bau kompletter Fabriken (etwa einer Großgießerei bei Leipzig) könnten erste Kooperationsversuche der immer noch westfremden DDR-Wirtschaftsbürokratie sein.

In der Theorie jedenfalls haben die Genossen schon begriffen, was getan werden muß. Durch „Marktforschung" und „eine wissenschaftliche Untersuchung unserer Absatz- und Bezugsmöglichkeiten, die auf der Entwicklung von Bedürfnis und Bedarf aufbauen bzw. diese berücksichtigen müssen", so stand es unlängst in der „Sozialistischen Außenwirtschaft", dem Fachblatt der ostdeutschen West-Händler auf DDR-Deutsch, „ist eine Fundierung unserer Ex- und Importplanung der abzuschließenden Kaufverträge zu erreichen".

HOTELS

Öl raus, Bier rein

Der Esso-Konzern trennt sich von seinen Motor-Hotels. In Britanniens Brau-Konzern Bass Charrington fand er einen zahlungskräftigen Käufer.

Was immer die große Mutter am Hudson tut, ist wohlgetan.

Mitte der sechziger Jahre noch mußten Europas Esso-Manager auf Geheiß der New Yorker Zentrale ihrer Konzern-Mutter Standard Oil of New Jersey — neuerdings als Exxon firmierend — ein Netz von einigen Dutzend oberklassigen Hotels planen: „So ganz nebenher", erinnert sich Berthold Harneit, Vizechef der Hamburger Esso AG und Öl-Mann aus Familientradition, „bin ich noch Raum-Designer geworden."

Was die hochdotierten Planungshirne in der Konzernspitze damals ersannen, darf seit kurzem nicht mehr wahr sein: Auf einen neuen Wink der „Jersey" (Konzern-Jargon) mußten die Europäer für ihren in 59 Esso Motor Hotels aufgehäuften Bettenberg einen potenten Käufer suchen. Ende dieses Jahres fanden sie ihn: den britischen Brau-Riesen Bass Charrington, mit zehn Millionen Hektoliter Gerstensaft-Ausstoß Europas größter Bier-Produzent.

Der Sud-Konzern von der Themse kaufte dem US-Trust für 187 Millionen Mark neun englische, drei holländische, zwei belgische, zwei italienische und ein französisches Esso-Hotel ab. Die neun deutschen Herbergen und eine österreichische Schlafstätte wurden von den Briten gepachtet.

Die Londoner Verwaltungsgesellschaft Esso Motor Hotel Inc. wird von der Bass-Charrington-Tochter Crest Hotels Ltd übernommen, die schon jetzt 74 eigene Häuser, darunter 16 Motor-